

Anrede

Als ich die Nachricht erhielt, dass ich die Ausstellung des Deutschen Bundestages in meinen Wahlkreis holen könnte, musste ich nicht lange darüber nachdenken, wo wir sie am besten zeigen könnten.

Es gibt keinen Ort zwischen der Samtgemeinde Heemsen im Norden und der Stadt Rinteln im Süden, wo die Verteidigung der Demokratie gegenwärtiger und sichtbarer wäre, als hier in Bad Nenndorf.

Diese Ausstellung soll auch ein Zeichen des Dankes sein an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sich jedes Jahr wieder im August dem Braunen Spektakel entgegenstellen.

In diesem Jahr steht die Absicht der Neonazis hier in diese Stadt einzumarschieren unter besonderen Vorzeichen:

Vor wenigen Monaten jährte sich zum 80-igsten Mal die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, mit dem die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik abgeschafft wurde.

Am 24. März 1933 hat der Reichstag mit dem *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich* der Regierung eine Fülle von Vollmachten übertragen, mit denen die Gewaltenteilung, ein Kernprinzip der Demokratie ausgehebelt wurde.

Reichskanzler war seit 2 Monaten Adolf Hitler und der Reichstagspräsident hieß Hermann Göring. Das Parlament tagte wegen des Reichstagsbrandes in der Kroll-Oper.

Die 81 Abgeordneten der KPD waren bereits verhaftet, abgetaucht oder aus Furcht um Leib und Leben ins Ausland geflohen.

26 Abgeordnete der SPD fehlten, weil sie ebenfalls verhaftet oder geflohen waren. Der Sozialdemokrat Otto Wels war der einzige, der eine Gegenrede zu diesem Gesetz hielt, eine historische Rede zur Verteidigung der parlamentarischen Demokratie.

Ihre Vollmachten nutzten die Nazis zuallererst, um die Opposition auszuschalten. In wenigen Wochen waren die Gefängnisse überfüllt und die ersten provisorischen KZs wurden aus dem Boden gestampft.

„Gebt mir vier Jahre Zeit und Ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen.“ hatte Hitler verkündet. Er versprach ein 1000jähriges Reich ohne parlamentarische Kontrolle, ohne Parlament, ohne Demokratie.

Die Zweidrittel-Mehrheit, die für das Ermächtigungsgesetz nötig war, bekamen die Nazis aber nicht allein zusammen.

Es bedurfte der Zustimmung der Zentrumspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Partei Christlich Sozialer Volksdienst, der Deutschen Volkspartei, der Bauernpartei und der Partei Landbund.

Die Abgeordneten lösten also selbst die Demokratie auf und ihre eigene Existenz gleich mit: Der Deutschen Staatspartei, deren prominentestes Mitglied der spätere

Bundespräsident Theodor Heuß war, wurden schon drei Monate später per Verordnung die Abgeordnetenmandate entzogen.

Mit dem *Gesetz gegen die Neubildung von Parteien* wurde kurze Zeit später die Existenz einer einzigen Partei im Deutschen Reich, der NSDAP, gesetzlich festgeschrieben und jegliches Wirken für andere Parteien unter Strafe gestellt.

Es waren einfach zu wenige, die die Demokratie verteidigen wollten. Spätestens ab 1932 saßen im Reichstag mehr Abgeordnete, die die Weimarer Republik abschaffen wollten, als solche, die sie verteidigen wollten.

Wie konnte es dazu kommen?

Die Weltwirtschaftskrise 1929/30, eine restriktive Sparpolitik und die wachsende soziale Ungleichheit stießen auf eine Bevölkerung in deren Köpfen und Herzen der Parlamentarismus noch nicht verankert war. Sie opferten die noch junge Demokratie und hofften stattdessen auf Hitlers nationales Konjunkturprogramm.

Zu diesem Konjunkturprogramm muss man wissen, dass die Wirtschaftspolitik der Faschisten selbst ein Verbrechen war. Die Autobahnen, sowie zahlreiche andere Infrastrukturprojekte waren kreditfinanziert mit dem Versprechen, den Geldgebern dafür eroberte Gebiete und deren Bodenschätze, Zwangsarbeiter und unbeschränkte Willkür als Gegenleistung zu liefern. Es war ein gigantisches Konjunkturprogramm für den Krieg.

Mit jeder Eroberung sollten den „Volksgenossen“ – vor allem den mächtigen Konzernen – die Güter der annektierten Gebiete zufließen: so wollten die Nazis durch Eroberungskriege Schulden tilgen und Wohlstand erzeugen.

Es war ein Krieg, der ganz wesentlich mit der völligen Entmachtung des letzten noch frei gewählten Parlaments der ersten deutschen Demokratie begann.

Daraus haben wir gelernt, dass wir eine wehrhafte Demokratie brauchen, die ggf. auch Widerstand leisten muss gegen ihre Feinde.

Gerade deshalb ist der Protest der BürgerInnen Bad Nenndorfs und der niedersächsischen Antifa gegen die erklärten Feinde des Rechtsstaates, der Menschenrechte und der demokratischen Verfassung hier vor Ort so wichtig.

Wichtig ist auch, dass die Würdigung durch Benennung von Straßen und Plätzen nur den Personen mit demokratischem Vorbildcharakter vorbehalten bleiben.

Eine Dichterin, die sich bis zu ihrem Lebensende nicht von ihrer Verehrung für den Führer distanziert hat, gehört sicherlich nicht dazu.

Wichtig ist aber außerdem, dass wir Wehrhaftigkeit nicht mit Gewaltbereitschaft verwechseln, denn Friedfertigkeit ist ein ganz entscheidendes Argument für die parlamentarische Demokratie.

Der Philosoph Immanuel Kant hat 1785 in seiner Schrift zum ewigen Frieden entwickelt, dass ein von den Völkern ersehntes friedliches Zusammenleben Grundlagen bedarf, die Diktaturen nicht hergeben können.

Demokratie und Frieden gehören zusammen.

Auch in der schweren Krise Europas können wir nicht oft genug dran erinnern. Auch bei vielen unserer Nachbarn kommt es angesichts schwerer wirtschaftlicher Nöte zum Wiedererwachen nationaler Bewegungen und Egoismen. Rechte und populistische Parteien erhalten europaweit neuen Zulauf. In Ungarn schafft eine 2/3 Mehrheit im Parlament seit einiger Zeit elementare Freiheitsrechte eines demokratischen Rechtsstaates ab.

Und bei uns glauben einige wieder allen Ernstes Deutschland könnte es sich leisten aus einem gemeinsamen Währungsraum auszusteigen und alleine vor sich hin wirtschaften.

In dieser politischen Großwetterlage ist es die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten dazu beizutragen, dass die Menschen Europa wieder als das sehen, was es ist: Das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzung auf diesem Kontinent.

Ein Projekt, um das uns viele Menschen in anderen Regionen dieser Welt beneiden und das sich zu retten lohnt! Ein Projekt, das ohne starke parlamentarische Demokratien undenkbar wäre.

Der konservative britische Premier Winston Churchill hat einmal gesagt:

“ No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time.«

» Niemand tut so, als wäre die Demokratie perfekt oder der Weisheit letzter Schluss. Ja, es ist sogar gesagt worden, dass die Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen ist, mit Ausnahme all der anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.«

Nein, ich bin nicht der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag perfekt ist und ich bin auch nicht der Meinung, dass unsere Demokratie perfekt ist. Ehrlich gesagt treiben mich manche Abläufe und Verfahren in den Sitzungswochen schier zur Verzweiflung – was in der Ausstellung verständlicherweise nicht ganz so im Vordergrund steht.

Die Chance aber an Verbesserungen, an mehr Gerechtigkeit mitzuarbeiten und das Recht des Volkes die Zusammensetzung der Parlamente in freien Wahlen zu bestimmen, sind ein Wert, den wir nicht hoch genug schätzen können.

Ich empfinde es nach wie vor jeden Tag als große Ehre meinen Dienst im Plenum des Deutschen Bundestages zu erbringen: ob ich vom Redepult des Bundestages als Volksvertreterin sprechen darf, aber auch wenn ich tief in der Nacht als Geschäftsführerin noch Reden zu Protokoll reiche und das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion bekannt gebe.

Die Geschichte lehrt uns, dass Demokratie kein Zustand ist auf dem man sich ausruhen kann, sondern täglich neu gedacht und gelebt werden muss, damit sie funktioniert.

Dabei gibt es auch Gefahren für unsere Demokratie, die nicht so offensichtlich sind wie Hassparolen der Neonazis. Wir 622 Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind in

Berlin umzingelt von schätzungsweise 6000 berufsmäßigen Lobbyisten und zahlreichen Interessenverbänden, die finanziell hervorragend ausgestattet sind.

Sie verschaffen sich Zugang zu den Ministerien und haben oft schon Einfluß genommen, bevor wir Volksvertreter einen Gesetzesentwurf überhaupt zu sehen bekommen.

Wenn Lobbyisten laut und erkennbar für ihre Interessen werben, müssen wir damit umgehen, denn in der parlamentarischen Demokratie gehört es dazu, dass die Abgeordneten mit Verbänden, Vereinen, oder auch Einzelpersonen sprechen, um sich ein Bild von deren Interessenlage zu machen.

Gefährlich wird es vor allem dann, wenn die Gesprächspartner nicht mehr erkennen lassen, wessen Interessen sie vertreten. Deswegen brauchen wir endlich ein Lobbyregister, das für Transparenz sorgt und deutlich macht, wer von wem bezahlt wird, wenn er in Berlin mit Parlamentariern Kontakt sucht.

Gerade auch in der aktuellen Finanzkrise ist es eine Herausforderung für uns Parlamentarier, uns zwischen den widersprüchlichen bzw. vermeintlichen Expertenmeinungen ein eigenes Bild zu machen und zu erkennen, welche Interessen hinter einer scheinbar wissenschaftlich daher kommenden Position stecken.

Die Beschäftigung mit der Finanzkrise hat mich aber auch etwas positives gelehrt: wenn alle Experten sich nicht mehr einig sind, dann muss eben doch der gesunde Menschenverstand wieder zum Einsatz kommen.

Und wenn der mir sagt, dass $2+2=4$ ist, dann sind alle Expertenmeinungen, die zu einem anderen Ergebnis kommen für mich keine geeignete Entscheidungsgrundlage.

Und dann liegt das nicht unbedingt daran, dass ich zu dumm bin die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen, sondern weil die gelieferten Erklärungen den Test nicht bestanden haben.

Was ich damit sagen will – gerade auch den Schülerinnen und Schülern: Selber Denken ist oft fürchterlich anstrengend, hilft aber im Leben unabhängig zu bleiben.

Die Ausstellung, die ich hier eröffne, zeigt Ausschnitte der Arbeit des Deutschen Bundestages. Ich hoffe besonders für die Schülerinnen und Schüler, dass Sie Einblicke in die manchmal komplizierte Organisation unseres Parlamentes gewinnen.

Es stimmt, dass im Bundestag enorme Mengen von Papieren erzeugt werden. Weniger wäre das öfter mehr.

Genauso würde ich mir aber wünschen, dass Kritik am parlamentarischen Geschehen auf einer ausreichenden Kenntnis und Information basiert.

Seien Sie kritisch mit ihren Parlamentariern, aber auch mit scheinbaren „Patent-Lösungen“ von Leuten, die in ihrer Pauschalkritik nicht mal in der Lage oder willens sind zwischen Regierung und Parlament zu unterscheiden, geschweige denn zwischen den unterschiedlichen Positionen und immer von der „Politik“ als solcher schlecht reden.

Es gibt eben selten einfache Antworten auf schwierige Fragen.

Wenn wir demokratische Entscheidungen oder strukturelle Defizite unserer Demokratie kritisieren, dann sollten wir im Hinterkopf haben, dass unser heutiges parlamentarisches System das beste ist, das unser Land je hatte. In vielen Ländern sitzen Menschen im Gefängnis, weil sie sich für eine solche Demokratie in ihrer Heimat einsetzen.

Mit der Wanderausstellung will der Deutschen Bundestages auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen.

Ich hoffe dass die Ausstellung Ihnen interessante Einblicke liefert, dass Sie interessante Gespräche mit den BegleiterInnen der Ausstellung führen können und ich hoffe dass viele Bürgerinnen und Bürger Bad Nenndorfs, dass viele Schülerinnen und Schüler sich einen Gegenbesuch in Berlin fest vornehmen.

Der Deutsche Bundestag – darauf können wir stolz sein - ist das meistbesuchte Parlament der Welt.

Sie alle sind herzlich willkommen!